



Neue Zürcher Zeitung  
8021 Zürich  
044/ 258 11 11  
www.nzz.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 114'209  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 681.013  
Abo-Nr.: 1094295  
Seite: 16  
Fläche: 21'713 mm<sup>2</sup>

## Nationalrat zeigt Herz für die Waldwirtschaft

### Förderung von Schweizer Holz

MARKUS HOFMANN, BERN

Die wichtigsten Ziele der Waldgesetzrevision sind im Grundsatz unbestritten: Der Wald soll besser vor Schadorganismen geschützt werden, man will ihn auf den Klimawandel vorbereiten, und die Nutzung des Holzes soll gefördert werden. Doch zum letzten Punkt entbrannte am Mittwoch im Nationalrat eine lange Debatte. Die grosse Kammer beugte sich nach dem Ständerat als Zweitrat über die Revision des Waldgesetzes.

### Im Konflikt mit der WTO

Die Schweizer Wald- und Holzwirtschaft stöhnt seit langem. Ausländisches Holz erhält man deutlich billiger als einheimisches. 70 Prozent des in der Schweiz verwerteten Holzes stammten aus dem Ausland, und gleichzeitig würden hiesige Holzvorräte nicht aus dem Wald geholt und verrotteten, sagte der Berner SVP-Nationalrat Erich von Siebenthal. Der Bund soll daher den Absatz und die Verwertung von nachhaltig produziertem Holz fördern. Doch den Vertretern der Holzwirtschaft genügte eine allgemein gefasste Absatzförde-

rung nicht. Sie wollten die Förderung auch explizit auf Schweizer Holz ausrichten – auch dann, wenn es um die Verwendung von Holz in Bauten mit öffentlicher Finanzierung geht.

Trotz den Warnungen insbesondere vonseiten der FDP, der GLP und Bundesrätin Doris Leuthard vor zusätzlichen Belastungen des Bundeshaushalts und Konflikten mit dem internationalen Handelsrecht (WTO) setzten sich die Befürworter einer stärkeren Absatzförderung bei Schweizer Holz durch.

Der Nationalrat lehnte es hingegen ab, dass der Bund Waldeigentümern, die sich zu einer Gemeinschaft zusammengeschlossen haben, Beiträge für die Leistung des Waldes zum Klimaschutz ausrichten soll. Für etwas, was der Wald seit Jahrhunderten mache, müsse man Waldeigentümern kein Geld hinterherwerfen, sagte SP-Nationalrat Eric Nussbaumer (Basel-Landschaft). Auch sei unklar, woher man das Geld dafür überhaupt nehmen würde, fügte Bundesrätin Leuthard hinzu. Der Hinweis von Max Binder, Zürcher SVP-Nationalrat und Präsident von Waldwirtschaft Schweiz, dass Deutschland gerade einen Waldklimafonds geschaffen habe, überzeugte eine Mehrheit des Rats nicht.

### Energieanlagen im Wald

Durchsetzen konnte sich der Waldwirtschafts-Vertreter Binder hingegen in

einer anderen strittigen Frage: Soll der Bund die Erstellung und Wiederinstandstellung von Waldstrassen finanziell unterstützen, soweit sie für die Bewirtschaftung des Waldes erforderlich sind? Der Ständerat hatte dieses Begehren abgelehnt. Gemäss Finanzausgleich unterstützt der Bund die Erschliessung von Schutzwäldern, die Kantone sind hingegen für die Strassen in Nutzwäldern zuständig. Die jährlich rund 8 Millionen Franken, die dafür notwendig sind, soll der Bund übernehmen.

Dieses Regime kannte man vor Einführung des neuen Finanzausgleichs. Binder meinte denn auch, dass man mit dieser Änderung nichts Neues schaffe, sondern lediglich zu einer bewährten Regelung zurückkehre. Es sei wohl schwierig, im Wahlkampf das kantonale Elektorat nicht im Auge zu haben, sagte Leuthard dazu. Dies sei aber kein Grund, den Finanzausgleich aufzuweichen. Doch der Nationalrat erkannte darin mit 100 zu 71 Stimmen bei 4 Enthaltungen kein Problem.

Wie der Ständerat will auch der Nationalrat den Bau von Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energie im Wald erleichtern. Leuthard erachtete diesen Passus als unnötig, da er Eingang ins Energiegesetz finden soll. Hingegen lehnte es der Nationalrat ab, die Bau-erleichterungen im Wald auch auf weitere Werke auszuweiten. Die Vorlage geht nun zurück in den Ständerat.